

Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Haushaltsplanberatungen 2024/2025, Ratssitzung am 12.11.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die drei antragstellenden Fraktionen beantragen die Behandlung des nachstehenden Antrages in der Ratssitzung am 12.11.2024. Wir bitten Sie einen Tagesordnungspunkt vor der Verabschiedung des Haushaltes 2024/2025 einzurichten.

Aufgrund der von der Kommunalaufsicht (Rhein-Erft-Kreis) mitgeteilten Ablehnung des vom Rat beschlossenen Doppelhaushaltes 2024/2025 ist nunmehr eine erneute Aufstellung inklusive eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) erforderlich bzw. vom Rhein-Erft-Kreis gefordert.

Wir beantragen konkret:

- Die Schlüsselzuweisungen werden für das Jahr 2025 um ca. € 710.000,- erhöht, die genaue Höhe ist vom Kämmerer zu ermitteln.
- Die Stellen mit der Nummer 40009751, 40009748, 40009758, 40009762 sowie 40009765 in der Musikschule werden mit kw-Vermerk versehen; dies entspricht ca. 3 Vollzeitäquivalenten.
- Der Masterplan Lechenich wird gestrichen (wurde bereits im SteA beschlossen).
- Die Stelle einer Ehrenamtskoordination wird mit Sperrvermerk versehen.
- Die Erhöhung der Gebühren für Festumzüge und Straßenabspernungen wird zur Stärkung des Ehrenamtes und der Vereine nicht umgesetzt.
- Der Jugendtreff „Mobile“ in Lechenich (Stadthaus) bleibt bestehen inkl. der dortigen Aushilfskräfte.
- Die aufsuchende Jugendarbeit wird mit einer Stelle verstärkt.
- Wegfall der Mobieerweiterung und Prüfung ob in der Vormittags- bzw. Mittagszeit Stunden entfallen können, die dann für ein zweites Fahrzeug (dann kostenneutral) am Wochenende (abends) genutzt werden können.
- Es wird geprüft, ob bei Mobie ein spezieller Jugendtarif und alternativer Zahlungsarten eingeführt werden können
- Das Angebot der Kinder- und Jugendbibliothek in Liblar wird zukünftig in eine andere Immobilie, die bereits im Eigentum der Stadt steht, verlagert. Hier kommen somit das SIU oder das Schulzentrum in Betracht. Die Verwaltung prüft, welche dieser Immobilien als Standort am besten geeignet ist. Der Erwachsenenbereich des bisherigen Standorts wird nach Lechenich verlagert. Die Verlängerung des Mietvertrages des derzeitigen Bibliothekstandorts in Liblar (Mitte nächsten Jahres anstehend) wird nicht umgesetzt. Die Verwaltung unterbreitet einen Vorschlag zur Aufteilung des vorhandenen Personals.
- Es erfolgt im kommenden Jahr eine Überprüfung der Zuschussrichtlinien sowie eine Überprüfung der pflichtigen Aufgaben durch die Verwaltung.
- Die Verwaltung legt zeitnah ein rechtssicheres Konzept zur Prüfung der Einführung einer Grundsteuer C für baureife und erschlossene, aber nicht bebaute Grundstücke ab 2026 vor.
- Die Verwaltung überprüft regelmäßig die städt. Gebühren, Entgelte und Beiträge und legt entsprechende Vorlagen zur evtl. Anpassung zur Beschlussfassung vor.

Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Haushaltsplanberatungen 2024/2025, Ratssitzung am 12.11.2024

- Die Verwaltung prüft die Ausweitung des Anwohnerparkens sowie die mögliche Einführung von Parkgebühren im städt. Bereich.
- Die Grillhütte in Gymnich wird weiterverfolgt, der Pachtansatz gestrichen und der investive Ansatz um 30 Prozent reduziert.
- Im Textteil des HSK (Seite 10) werden darüber hinaus weitere Bausteine zur Konsolidierung verankert und aufgenommen: „Ansiedlung erneuerbarer Energien zur Ertragssteigerung“, „Schaffung neuer Gewerbeflächen zur mittelfristigen Ertragssteigerung bei der Gewerbesteuer“, „Die Einführung einer Grundsteuer C soll, sofern der Rechtsrahmen es zulässt und Verwaltungsaufwand und finanzieller Ertrag in einem angemessenen Verhältnis stehen, zur Reduzierung der Hebesatzpunkte der Grundsteuer B beitragen“, „Die Überarbeitung der Zuschussrichtlinien für Kultur- und Sport soll, unter Berücksichtigung der Haushaltslage, keinesfalls zu Mehraufwendungen führen, sondern ebenfalls einen moderaten Beitrag zur Konsolidierung schaffen.“

Zur Begründung:

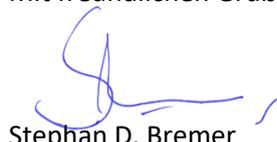
Im derzeitigen Haushalt sind für die Jahre 2024/2025 keine Grundsteuererhöhungen enthalten. In der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltssicherungskonzeptes ist jedoch eine mögliche Erhöhung der Grundsteuer B abgebildet. Wir alle sind uns einig, dass die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich ausfallen soll und eine gestaffelte Erhöhung ausgeschlossen wird. Zu diesem Zweck sind die zuvor genannten Einsparungen notwendig. Weiterhin muss geprüft werden, durch welche Maßnahmen die Einnahmen der Stadt Erfststadt im weiteren Verlauf des HSK verbessert werden können.

Die Jugendarbeit soll erhalten bleiben, um einerseits Kinder und Jugendlichen weiterhin Anlaufmöglichkeiten für Ihre Probleme zu geben und andererseits mögliche zukünftige Folgekosten durch Vandalismus, Drogenkonsum oder schlimmstenfalls Heimunterbringung zu vermeiden. Gleichzeitig soll die aufsuchende Jugendarbeit jenseits der Zentren Lechenich und Liblar gestärkt werden.

Um das Vereinsleben nicht weiter zu belasten, wird auf die Erhöhung der Gebühren für Festumzüge und Straßenabsperungen verzichtet; sie würden ohnehin nur einen marginalen monetären Beitrag zur Konsolidierung darstellen.

Unser Ziel, die Stadt handlungsfähig zu halten, notwendige Investitionen in die Infrastruktur nicht zu verzögern, verfolgen wir somit konsequent und überparteilich.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan D. Bremer

gez. Stephanie Bethmann, gez. Alexander Walek

gez. Franz Holtz